

GBH: Hände weg von der Wohnbauförderung!

Utl.:Für rasche Umsetzung des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes im Parlament=

Wien (GBH/ÖGB). Die Mitglieder des Bundesvorstandes der Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) warnten davor, "dass jeder Eingriff im Bereich der Wohnbauförderung zu Arbeitsplatzverlusten in der Bauwirtschaft führen würde. Daher besteht kein Verständnis dafür, dass Politiker und sogenannte Experten sich auf Kosten von Bauarbeitern und Wohnungswerbern profilieren wollen. Die Zweckbindung der Wohnbauförderung muss daher unangetastet bleiben." Auch die Mittel für die Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge für die Wohnhaussanierung, Adaptierung sowie thermische Sanierung dürfen keinesfalls gekürzt werden. Denn jede Veränderung nach unten würde nicht nur die Situation am Wohnungsmarkt, sondern auch den Arbeitsmarkt in der Bauwirtschaft negativ belasten. ++++

Parlament muss SCHWABEG rasch in Kraft setzen

Absolut kein Verständnis zeigte der GBH-Bundesvorstand dafür, "dass das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz noch immer nicht vom Parlament beschlossen und in Kraft gesetzt wurde. Im Kampf gegen die organisierte illegale Beschäftigung darf daher nicht länger unnötig Zeit vergeudet werden, denn gerade für die Bauwirtschaft sind faire Wettbewerbsbedingungen und ein Zurückdrängen der Sub-Subvergaben unbedingt erforderlich. Die konservative Blockadepolitik bringt Schaden für die Arbeitnehmer und die seriösen Unternehmer. Ein Umdenken ist gefordert."

ÖGB, 27. April 1999

Nr. 182

Rückfragehinweis: Gewerkschaft Bau-Holz

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Mag. Kurt Sabatnig

Tel. (01) 401 47/246 Dw.

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0155 1999-04-27/12:09

271209 Apr 99

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19990427_OTS0155